



THOMAS OPPERMANN  
MITGLIED DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES  
VORSITZENDER DER SPD BUNDESTAGSFRAKTION

*Handwritten notes:*  
15.5.17  
19.5.17

**SPD**  
BUNDESTAGS  
FRAKTION

SPD BUNDESTAGSFRAKTION PLATZ DER REPUBLIK 1 11011 BERLIN

Diakonie Deutschland  
Herrn Ulrich Lilie  
Präsident  
Postfach 40164  
10061 Berlin

EINGEGANGEN

19. Mai 2017

Präsidentbüro  
Diakonie Deutschland

Berlin, den 8. Mai 2017

Sehr geehrter Herr Lilie,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 24. Januar 2017 zum Familiennachzug zu Personen mit subsidiärem Schutz in Deutschland.

Als wir Ende Februar 2016 die Aussetzung des Familiennachzugs für subsidiär Geschützte im Deutschen Bundestag beschlossen haben, sind wir davon ausgegangen, dass nur sehr wenige Asylsuchende hiervon betroffen sind. Die meisten Syrerinnen und Syrer wurden als GFK-Flüchtlinge anerkannt. Dass sich diese Anerkennungspraxis nach Erlass des Gesetzes geändert hat, haben wir gegenüber unserem Koalitionspartner stark kritisiert. Eine gesetzliche Änderung konnten wir jedoch nicht durchsetzen.

Wir als SPD-Bundestagsfraktion wissen aber, dass Integration am besten mit der Familie gelingt. Nur aufgrund unserer ausdauernden Bemühungen konnten wir erreichen, dass subsidiär Geschützt den GFK-Flüchtlingen beim Familiennachzug seit dem 1. August 2015 gleichgestellt wurden. Wir wollen verhindern, dass insbesondere Frauen und Kinder allein in einem unsicheren Kriegsland wie Syrien zurückbleiben müssen und durch die Aussetzung des Familiennachzugs wieder auf den gefährlichen und ungewissen Weg in Schlepperbooten über das Meer verwiesen werden.

In dem Koalitionsausschuss vom 29. März haben wir darum mit der CDU/CSU vereinbart, dass die Härtefallklausel in § 22 AufenthG bis zum Ende der Aussetzungszeit im März 2018 zur effektiven Anwendung kommt – auch und gerade für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, deren Entwicklung besonders stark von einem stabilen Umfeld und Nähe zu ihrer Familie abhängt. Es ist richtig und wichtig, dass auch Sie als Diakonie Deutschland uns dabei unterstützen und sich für die Umsetzung dieser Regelung stark machen!

Wir wissen auch um die Engpässe in der Verwaltung. Bereits jetzt kommt es in einigen Botschaften zu langen Wartezeiten, bis ein Visum für den Familiennachzug gestellt werden kann. Wir haben darum das Personal in den zuständigen Auslandsvertretungen deutlich aufgestockt und es werden weitere zusätzliche Stellen geschaffen. So ist in Beirut das Personal zur Visumsbearbeitung mehr als verdreifacht worden. Ein wichtiger Partner für uns ist dabei



die Internationale Organisation für Migration (IOM). Sie hilft uns insb. durch Vollständigkeitsüberprüfung die Dauer der Verfahren möglichst kurz zu halten.

Einer Verlängerung der Aussetzung der Familienzusammenführung treten wir entschieden entgegen. Die Sperre ist in der Ausnahmesituation des starken Zuzugs von Flüchtlingen beschlossen worden und stellt für die SPD eine absolute Ausnahme dar.

Mit freundlichen Grüßen

Thomas Oppermann